### **Berichtsvorlage**

### SV-Nr. 16//1092

Abteilung/FB	Datum	Status
Fachbereich 10	18.03.2019	öffentlich
Az:		

Beratungsfolge:

#### Sitzungsdatum:

Ausschuss für Schule, Jugend und Sport 02.04.2019 zur Empfehlung Verwaltungsausschuss 09.04.2019 zum Beschluss

# Antrag der VGS Sill. auf Einrichtung einer Stelle nach dem Bundesfreiwilligendienst

### Stellungnahme der Verwaltung betr. Bundesfreiwilligendienst

In den letzten Jahren gab es wiederholt Anfragen der Grundschulen auf Einsatz von Stellen im Rahmen von Bundesfreiwilligendienst - BuFDi (oder auch Freiwilliges soziales Jahr - FsJ). Jetzt liegt aktuell ein Antrag der VGS Sillenstede vor.

Aus Sicht der Verwaltung sollte es wie bisher dabei bleiben, den Einsatz der Stellen abzulehnen.

Grund dafür ist zum einen, dass im Rahmen der Gleichbehandlung dann an allen Schulstandorten der Einsatz erfolgen müsste. Es wird aber bezweifelt, dass es genügend BewerberInnen gibt. Es ist bereits seit längerem schwierig, die bislang einzige BuFDi-Stelle im Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien "Pferdestall" zu besetzen. Ein Versuch, eine solche Stelle im Bereich Kindertagesstätte zu verankern, ist bereits mangels geeigneter BewerberInnen gescheitert.

Zum anderen sind die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: es handelt sich um Vollzeitstellen, bei denen eine entsprechende pädagogische Anleitung durch eine Fachkraft erfolgen muss und ferner 25 Bildungstage angeboten werden müssen. Der Träger gewährt ein Taschengeld in Höhe von max. 402,00 Euro/Monat zzgl. Beiträge zur Renten-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Bei der Stelle im "Pferdestall" beträgt das Taschengeld 300,00 Euro, die Gesamtkosten für den Arbeitsgeber liegen bei 420,45 Euro/Monat bzw. bei rd. 5.050 Euro/Jahr. Bei 7 Grundschulen sind das Jahreskosten von 35.350 Euro/Jahr.

Aus Sicht der Verwaltung leistet die Stadt als Schulträger bereits personelle Unterstützung im Rahmen der Schulsozialarbeit. Für den Fall, dass die Grundschulen dennoch eine Stelle nach dem Bundesfreiwilligendienst wünschen, wird vorgeschlagen, dass diese über die Landesschulbehörde beantragt wird, damit das Land sowohl kostenmäßig als auch inhaltlich Träger dieser Maßnahme ist und somit für pädagogische Anleitung, Fortbildung, etc. die Verantwortung hat.

## Anlagenverzeichnis:

A. Müller Fachbereichsleiterin

G. Böhling Bürgermeister